

Der „Briefetal-Bote“ erscheint Dienstags, Donnerstag und Sonnabends. Der Bezugspreis beträgt für das Vierteljahr 10 Pfennig, monatlich 3 Pfennig. Die einzelne Nummer kostet 10 Pfennig. Nach auswärts Postzuschlag.

Briefetal-Bote

Anzeigen werden in der Geschäftsstelle Birkenwerder, Bahnhof-Allee 5 und von allen Anzeigen-Expeditoren angenommen. Die schlagzeilige Zeitzeile kostet 10 Pfennig, die Restzeile 5 Pfennig.

Amtsbezirks-Arztzeiger und Zeitung

für Birkenwerder, Hohen Neuendorf, Borgsdorf, Briese, Lehmitz, Stolpe
Fernsprecher: Amt Birkenwerder Nr. 5



für ehem. Hofjagdrevier, Bergfelde, den Amtsbezirk Schönfließ und Umgegend
Telegr.: Briefetalbote, Birkenwerder

Einziges amtliches Publikationsorgan mit rechtsverbindlicher Publikationskraft für den Amtsbezirk Birkenwerder.
Anzeigenpreis für die neungefaltene Kleinzeile oder deren Raum 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Reklamezeile 80 Pfennig. Berechnung in Goldmark zum amtlichen Dollarkurs.

Nr. 56.

Postfach-Konto: Berlin 62 448

Sonnabend, den 10. Mai 1924

Postfach-Konto Berlin 62448.

23. Jahrg.

Der Gemeindevorsteher Borgsdorf.

Einladung zur Gemeindevorsteher-Sitzung.
Zu der auf Montag, den 12. Mai, abends 8 Uhr im Gemeindefestungsaal

aberaumten Versammlung der Gemeindevertretung, in der über die in nachstehender Tagesordnung bezeichneten Gegenstände beraten oder beschlossen werden soll, werden sämtliche Mitglieder der hiesigen Gemeindevertretung hiermit unter dem Hinweis eingeladen, daß die Nichtanwesenheit sich den gefassten Beschlüssen zu unterwerfen haben.

- Tagesordnung:
1. Beschlussfassung über die Bebauungsplan-Änderung.
 2. Antrag des Postleiters auf Gewährung einer Beihilfe.
 3. Festlegung der Gewerbesteuer-Zuschläge für die Vorauszahlungen.
 4. Kenntnisnahmen.

Borgsdorf, den 9. Mai 1924.
Der Gemeindevorsteher. Rodewald.

Hohen Neuendorf.

Der Amtsvorsteher macht bekannt:

Dem Eigentümer Hanna ist die Genehmigung zur Legung von Schiffshafen auf seinem hiesigen Grundstück, Cäcilienstraße 43, erteilt worden.
Vor dem unbefugten Betreten des Grundstücks wird gewarnt.

Kurze Nachrichten.

In einer Besprechung des Reichskabinetts teilte der Reichsminister des Innern mit, daß die amtlichen Wahlergebnisse nicht vor dem 16. d. Mts. zu erwarten sind. Das Reichskabinett bleibt auf jeden Fall bis zum Zusammentritt des Reichstages im Amt. Nach einer Befragung des preussischen Ministers des Innern kann für die Lösung von Kreuzfragen außerhalb der staatlichen Forsten eine Prämie von 10 Goldpfennig für jedes abgelieferte Stück gezahlt werden.

In der nächsten Zeit wird ein Buch des Kronprinzen der Densifikation übergeben werden, in dem er zur Frage der Schuld am Kriege eingehend Stellung nimmt.

Die vereinigten nateiländischen Verbände Mitteldeutschlands teilen offiziell mit, daß der heutige Tag in Halle am 10. und 11. Mai gemeinsam ist und trotz geringer Einschränkung bestimmt stattfinden wird. Die Teilnahme aller gemeldeten Verbände wird daher unbedingt erwartet. Für genügend polizeilichen Schutz ist Sorge getragen.

Das Dorf Kleinberndin in der Grafschaft Hohenstein am Harz ist durch einen Centimetersturm fast völlig zerstört worden. Im mecklenburgischen Landtage wurde das bisherige Ministerium Brandenstein mit 24 gegen 22 Stimmen wiedergewählt. Die deutsch-polnischen Verhandlungen über die Staatsangehörigkeit und die Optionsfrage in den an Polen abgetretenen ehemals preussischen Gebieten, die seit mehreren Tagen in Wien stattfinden, sind bisher ergebnislos verlaufen.

Wie aus Konstantinopel gemeldet wird, ist in Turkestan eine Revolution gegen die Sowjetregierung ausgebrochen.

Nach Meldungen aus Hongkong sind 38 chinesische Piraten, die kürzlich den Dampfer „Kwongtak“ überfallen und ausgeplündert hatten, auf Befehl der chinesischen Behörden handrechtlich erschossen worden.

Der englische Ministerpräsident Ramsay Mac Donald hat an Polnacek ein neues Schreiben in Sachen der Reparationsfrage gerichtet.

Der polnische Generalstabchef Haller ist gestern nachmittag in Paris eingetroffen.

Auf einem Eisen zu Ehren des rumänischen Königs paares in Bern wurden zwischen dem schweizerischen Bundespräsidenten und König Ferdinand Trinkprüche gewechselt.

Stillelegung des Ruhrbergbaus.

Der Kampf der Arbeiterschaft im Ruhrgebiet gegen die achtstündige Arbeitszeit hat nunmehr, mit Ausnahme von wenigen Zechen, zur völligen Stillelegung des ganzen Ruhrbergbaus geführt. Von der Belegschaft sind am Mittwoch mindestens 90 Prozent nicht eingelehrt. Kleine arbeitswillige Gruppen haben sich gemeint nicht halten können. Ein Appell des Reichsarbeitsministers an den Zechenverband, vorläufig nicht mit der Ausperrung vorzugehen; ist vergeblich geblieben. Nur in wenigen Bezirken, wie in Bochum, sind einige Bergleute zur achtstündigen Schicht eingelehrt. Die übrigen etwa 84 Prozent, wurden nicht zur Arbeit zugelassen, da sie nicht acht Stunden arbeiten wollen. Die Vertreter der vier Bergarbeiterverbände sind in Essen zu einer Besprechung der Lage zusammengetreten. Es droht, da wenige Kohlen auf den Halben liegen, die Gefahr, daß auch die Industrie des Rhein- und Ruhrgebiets in große Schwierigkeiten gerät, wodurch weitere 200 000 Arbeiter mit Arbeitslosigkeit bedroht sind. Auch in Oberschlesien, wo der Streik fortbauert und im Mitteldeutschen Kohlenrevier, wo ebenfalls die Belegschaften ausgeperrt sind, ist die Lage ernst.

Verhärfung des Wirtschaftskampfes an der Ruhr.

Düsseldorf, 8. Mai. Die Streik- und Ausstandsbewegung im Ruhrgebiet hat im Laufe des Tages in der Tat noch weiter um sich gegriffen. Für den 7. hatten die Gruben bei der Eisenbahntrasse 5000 Waggons anfast 20 000, wie sonst durchschnittlich, angefordert. Es ergibt sich nun folgendes Bild der Lage: 98 Prozent in dem Gebiet um Reddinghausen, 97 Prozent in Linen, 84 Prozent in Gattingen, 97 Prozent in Herne, 94 Prozent in Gelsenkirchen, 97 Prozent in Wattenscheid, 88 Prozent in Essen 1, 94 Prozent in Essen 2, 74 Prozent in Werden, 97 Prozent in Oberhausen. Die Notlandarbeiten sind bisher durchgeführt worden. In den von der Rhein betriebenen Zechen ist die Lage entgegen anderslautenden Meldungen, bisher normal.

Dortmund, 8. Mai. Wegen Kohlenmangel wurde der Hochofen 5 der Dortmunder Union stillgelegt. Auch das Martinwerk der Union muß wegen Kohlenmangel die Arbeit einstellen.

Bochum, 8. Mai. Aus Kreisen des internationalen Gewerkschaftsbüros in Amsterdam verlautet, daß die Lohn- und Arbeitszeitbewegung der deutschen Bergarbeiter als außerordentlich wichtig für die internationale Aktion um den Achtstundentag mit größter Spannung verfolgt werde. Von maßgebender Seite wird erklärt, daß diese Bewegung der deutschen Arbeiterschaft gegebenenfalls auf eine weitmögliche Unterfütterung des Gewerkschafts-Internationalen rechnen kann.

Essen, 8. Mai. Eine Abordnung der vier Bergarbeiterverbände hat sich nach Berlin begeben, um mit dem Reichsarbeitsminister über den Konflikt im Bergbau zu verhandeln. Die Verhandlungen haben bereits begonnen.

Die Einberufung des Reichstags.

Zwischen dem 23. und 26. Mai.
n. Berlin, 7. Mai.

Der für die Einberufung des Reichstags genannte Termin des 22. Mai steht noch nicht bestimmt fest. Der noch amtierende Reichstagspräsident Löbke besprach heute vormittag mit dem Reichskanzler die Frage der Einberufung. Der Termin hängt noch von den technischen Möglichkeiten ab, d. h. davon, wann der Reichswahlleiter die amtliche Liste der gewählten Abgeordneten endgültig abschließen kann. Erfahrungsgemäß verjähren von den auf Reichstagsliste Genannten noch manche, so daß andere in der Liste nachstehende Kandidaten einrücken und diese sich erst über die Annahme des Mandats erklären müssen. So nimmt der Präsident Löbke jetzt an, daß die Einberufung des neuen Reichstags etwa zwischen dem 23. und 26. Mai erfolgen kann. Was die Wahl des neuen Reichstagspräsidenten betrifft, so hört man, daß die sozialdemokratische Fraktion, die bisher den Präsidenten gestellt hat, die Rechte einer anderen Fraktion, die die größte Stärke aufweisen würde, respektieren und zu deren Gunsten auf eine neue Kandidatur des Herrn Löbke für den Präsidentenposten verzichten würde. Heute nachmittag begab sich der Reichskanzler zu dem nach Berlin zurückgekehrten Reichspräsidenten. Aus der Rückkehr des Reichspräsidenten darf, wie man an maßgebender Stelle hört, nicht geschlossen werden, daß schon in diesem Augenblick irgendwelche Entscheidungen über die Lage getroffen werden.

26. Mai erfolgen kann. Was die Wahl des neuen Reichstagspräsidenten betrifft, so hört man, daß die sozialdemokratische Fraktion, die bisher den Präsidenten gestellt hat, die Rechte einer anderen Fraktion, die die größte Stärke aufweisen würde, respektieren und zu deren Gunsten auf eine neue Kandidatur des Herrn Löbke für den Präsidentenposten verzichten würde. Heute nachmittag begab sich der Reichskanzler zu dem nach Berlin zurückgekehrten Reichspräsidenten. Aus der Rückkehr des Reichspräsidenten darf, wie man an maßgebender Stelle hört, nicht geschlossen werden, daß schon in diesem Augenblick irgendwelche Entscheidungen über die Lage getroffen werden.

Keine Zertrümmerung Preußens.

Regierungserklärung zur hannoverschen Frage.
Hannover, 7. Mai.

In einer Versammlung von Vertretern der Provinz Hannover, zu der Oberpräsident Roske eingeladen hatte und an der Ministerpräsident Braun, die Minister von Richter, Severing und Hirtfelder teilnahmen, verlas Ministerpräsident Braun eine Erklärung, in der es u. a. heißt:

Seit mehr als einem halben Jahrhundert ist Hannover mit dem preussischen Staat verbunden. Mit dem übrigen Preußen hat Hannover den furchtbaren Krieg, seinen traurigen Ausgang und seine schrecklichen Folgen miterleben müssen. Härteres Geschick haben aber noch unsere Brüder in Ost- und Westpreußen, in Schlesien und bis zu dieser Stunde auch im Rhein- und Ruhrgebiet zu erdulden. In Ost und West und Nord des preussischen Staates hat die gemeinsame Not

das Gefühl der Zusammengehörigkeit

nicht gelockert, sondern gestärkt. Kein ernsthaftes Verlangen nach Loslösung von Preußen und staatlicher Selbständigkeit wird in Preußen, Schlesien und Schleswig-Holstein laut. Die Rheinlande betonen immer wieder, daß selbst die Erörterung der Frage, ob ein einheitliches Staatsgebilde für sie von Vorteil sei, zu unterbreiten habe, so lange auch nur ein freier Staat denselben Boden besetzt habe. Sie fordern auch deshalb, einen Verzicht auf staatliche Neubildung im übrigen Deutschland. Dieser Treupflicht wird überall entsprochen. Nur in Hannover fordert die Deutsch-hannoversche Partei jetzt eine Abstimmung darüber, ob fünf Regierungsbezirke ein selbständiges Land bilden sollen. Sie begründet diese Forderung mit harten Beschuldigungen gegen Preußen.

Die Staatsregierung widerpricht dem Heraus-

reichen des größten Teiles der Provinz Hannover aus dem preussischen Staatsgebiete, weil der gesamte Staat und seine Bewohner davon Schaden haben würden, und weil die Gesamtinteressen der fünf Regierungsbezirke in Hannover selbst in einem kleineren Staatsgebiete nicht so gepflegt werden können, wie in einem großen Staate Preußen. Die Vertreter der Abstimmung erklären, Preußen zu verlassen und das Reich hängen zu wollen. Immer wieder haben die französischen Gewaltpolitiker erklärt, daß ihr Ziel die Zerrüttung Preußens ist. Deutsche Uneinigkeit und Kleinmutter war durch Jahrhunderte der stärkste Feind des deutschen Volkes. Frühere Fehler dürfen jetzt weniger als jemals wiederholt werden. Die Not des Volkes und Vaterlandes zwingt uns dazu, die staatlichen Kräfte zusammenzufassen.

Die Erklärung ist unterzeichnet von Ministerpräsident Braun und den Ministern Dr. am Zehnhoff, Severing, von Richter und Siering.

Zusammensetzung des württembergischen Landtags.

Von 80 Sitzen erhalten Bauern- und Weinbauern 17, Rechtsblock 8, Deutsche Volkspartei 3, Böckisch-sozialer Block 3, Zentrum 17, Deutschdemokraten 9, Sozialdemokraten 13, Kommunisten 10 Sitze.



Die Reichstagswahl vom 4. Mai 1924.

Gutschein
für den Besuch des
»Walhalla-Theater« (Welt-Varieté)
Berlin, Weinbergsweg 19/20.
Die Leser des „Briefetal-Bote“ erhalten
50 Prozent Ermäßigung
bei Abgabe des Gutscheins und Vorzeigung der
Abonnementsquittung für Mai.
Gültig an allen Wochentagen im Mai.
Beginn der Vorstellungen 8 Uhr.